

Eurokrise und Griechenlandprobleme,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

haben zu einem Schub an ökonomiebezogenen Deutungen im Alltagsbewusstsein und in der öffentlichen Meinung geführt. Klarer geworden ist, dass man als Inhaber eines Sparbuchs nicht Eigentümer von Geld ist, sondern eine Forderung gegen eine Bank hat – was im Ernstfall ein erheblicher Unterschied sein kann. Oder dass jedem Guthaben irgendwo eine Schuld gegenüber stehen muss. Oder dass mit höheren Renditen zwingend größere Risiken verbunden sind.

Keineswegs so eindeutig ist, ob der individuelle Schaden ökonomischer Strategien privat zu tragen ist oder politisch absorbiert werden muss. Als Normalfall ist wohl anzunehmen, dass für privatwirtschaftliche ökonomische Entscheidungen privat einzustehen ist. Aber dieser Normalfall wird mindestens an zwei Stellen suspendiert: bei ökonomisch systemrelevanten Akteuren und bei solchen, die man politisch nicht ignorieren kann. Die strukturellen Zwänge »oben«, die zu schonender Behandlung systemrelevanter Banken führen, kennt man. Den politischen Druck von »unten«, vom Kapitalmarkt verursachte Schäden politisch zu kompensieren, wird man noch kennen lernen. Das ist meine Vermutung, da es hier um Anlage- und Vorsorgeformen geht, für die man sich zwar privat entscheidet, zu denen man aber staatlich animiert, wenn nicht gar genötigt wird. Dazu kommt, dass es dabei oft um existentielle Probleme geht; um Altersarmut durch unzureichende Zinsniveaus, zum Beispiel. Die Teilumstellung der Alterssicherung auf Kapitaldeckung, als Staatsentlastung gedacht, produziert Schäden, die den Staat belasten werden. Man sieht, dass Grenzen zwischen gesellschaftlichen Teilsystemen – hier: zwischen Ökonomie und Politik – nicht immer schon feststehen, sondern interessengeleitete Akteurskonstruktionen sind.

Unübersichtlicher wird es, wenn es um das Verständnis von (makro-)ökonomischen Zusammenhängen, etwa im Zuge der Griechenlandprobleme, geht. Hier bieten sich drei Komplexe ökonomischen Wissens als Untersuchungsobjekte an: Erstens die journalistische Aufbereitung, zweitens die Debatten in Blogs und Kommentarfunktionen und drittens die ökonomische Expertise mit wissenschaftlichem Anspruch.

All das ist ökonomisches Wissen, wenn man darunter Wissensbestände versteht, die sich ihrem eigenen Verständnis nach auf wirtschaftliche Fragen

beziehen. Wirtschaftliche Fragen sind solche, die sich im Kern um Knappheit drehen. Mit Blogs erfasst man natürlich kein repräsentatives Bild ökonomischer Realitätsdeutungen. Es wird aber erkennbar, in welcher Weise wirtschaftliche, politische, moralische, mentalitäts- und rassenlogische Elemente zu Wirklichkeitsbildern kombiniert werden, und wie öffentliche Diskurse unter der Last der Komplexität ihrer Gegenstände kollabieren. Von hier führt ein direkter Weg zur Diskussion der Vereinbarkeit von (kapitalistischer) Ökonomie und Demokratie.

Wirtschaftsjournalismus steht im Spannungsfeld zwischen der Komplexität des Gegenstands und dem Bemühen, anschaulich zu sein. Darum hantiert man mit Beispielen und schließt an Denkweisen aus der Lebenswelt potentieller Rezipienten an. Also wird die »schwäbische Hausfrau« als Benchmark eingeführt, oder private und öffentliche Verschuldung über einen Kamm geschoren. Das führt zu einer vulgarisierten mikroökonomischen Sichtweise und dazu, dass man das Explizieren makroökonomischer Zusammenhänge für professorales Geschwätz, überflüssig und nervig hält. Im Falle der Griechenlandkrise bringt das manchen Journalisten den zusätzlichen Ertrag, dass sie sich mit den Mächtigeren (EU-Finanzministern) identifizieren und den Neid auf einen, der ein Motorrad hat, keine Krawatten trägt und gerne von Journalistinnen interviewt wird, ausleben können.

Was macht die Ökonomie so faszinierend? Ihr ungeklärter epistemologischer Status, dessen erfolgreiche Verteidigung und der Erfolg, den sie diesem Status verdankt. Einerseits beansprucht die Ökonomie, Aussagen über die Wirklichkeit zu machen. Andererseits überprüft sie ihre Aussagen nicht an der Wirklichkeit, sondern die Wirklichkeit an ihren Aussagen. Entscheidener als die Soziologie versucht die Ökonomie praktisch zu werden. Mit dieser Attitüde der Kritischen Theorie ähnlich, sucht sie doch völlig andere Wege in die Praxis: erstens technische Empfehlungen, dabei hilft Nähe zu politischer Macht; zweitens Performativität, das erfordert die Einrichtung und Absicherung von *epistemic communities* und öffentliche Präsenz.

Schließlich: Gibt es Unterschiede im ökonomischen Wissen, die quer zu Systemgrenzen liegen? Der Economist geht von einer deutschen Ökonomie mit speziellen Obsessionen aus. Stimmt das im internationalen Vergleich? Und falls es stimmt: Was sind die Ursachen?

Man wird den Kolleginnen und Kollegen aus der Ökonomie sehr schonend beibringen müssen, dass sie faszinierende Untersuchungsobjekte sind.

Ihr

Georg Vobruba